

***Veränderungen, Umbrüche, Krisen -
Gewaltprävention an Schulen im Wandel***

von

Ria Uhle

Aus: Erich Marks & Wiebke Steffen (Hrsg.):
Bildung - Prävention - Zukunft
Ausgewählte Beiträge des 15. Deutschen Präventionstages
Forum Vlg Godesberg; Auflage: 1 (31. Juli 2012), Seite 301-314

ISBN 3942865025 (Printausgabe)
ISBN 978-3942865029 (E-Book)

Ria Uhle

Veränderungen, Umbrüche, Krisen - Gewaltprävention an Schulen im Wandel

1. Krisenlandschaften

Veränderungen, Umbrüche, Krisen sind Teil unseres Lebens. Das Leben ändert sich, manchmal plötzlich und unvorhergesehen, durchkreuzt unsere Pläne und fordert von uns Anpassungsleistungen, auf die wir mehr oder weniger gut vorbereitet sind. Wer hätte gedacht, dass ein isländischer Vulkan weltweit die Reisepläne von Millionen Menschen auf der ganzen Welt außer Kraft setzen könnte. Auch ich verbrachte ungeplant fünf Tage länger auf einer Reise. Zeit, mich mit dem Krisenphänomen auseinander zu setzen. Wer Kinder hat oder mit ihnen arbeitet, ist kontinuierlich mit Veränderungen konfrontiert, nicht selten auch mit Krisen. Im Kontakt mit kranken oder alten Menschen müssen wir uns der Auseinandersetzung mit dem Tod stellen, der unser Leben „umbricht“ und eine Neuordnung verlangt. Politik und Gesellschaft stehen permanent unter Veränderungsdruck, müssen krisenhafte Entwicklungen auffangen und Lösungen für komplexe Probleme wie z.B. die Finanzkrise entwickeln. Als das Ausmaß sexueller Misshandlungen in kirchlichen und schulischen Einrichtungen in Deutschland öffentlich wurde, setzte dies einen Prozess individueller, institutioneller und gesellschaftlicher Krisenbewältigung in Gang.

Die deutsche Hauptstadt präsentierte sich erstmals als Gastgeber des Deutschen Präventionstages. Ich nehme dies zum Anlass, das Thema des Vortrages an Beispielen und Erfahrungen aus der Berliner Praxis zu erläutern. Auch wenn Berlin als Stadt der Teilung und Wiedervereinigung gern damit prahlt, „arm aber sexy“ zu sein, wirkt sich Armut für die persönlich Betroffenen meist lebenslang aus. Nach Angaben des Deutschen Kinderschutzbundes lebt jedes dritte Berliner Kind unterhalb der Armutsgrenze. Ca. 64% der Schülerschaft an Berliner Haupt- und Sonderschulen sind lernmittelbefreit, gelten somit als „arm“. An Gymnasien sind es nur 12%. Herkunft und Bildungserfolg stehen auch in Berlin in enger Verbindung. Ein Vergleich der zwei Berliner Nachbarbezirke Mitte und Pankow, zwischen denen die Reste der früheren Mauer noch zu besichtigen sind, zeigt, welchen sozialen Unterschieden sich Schulen in enger Nachbarschaft stellen müssen. Ca. 69% der Schülerschaft in Mitte ist „nicht deutscher Herkunftssprache“, in Pankow ca. 4%. Im Bezirk Mitte ist jedes zweite Schulkind lernmittelbefreit, sprich arm, im Nachbarbezirk Pankow nur jedes fünfte. Die Reform der Berliner Schulstruktur will nun Rahmenbedingungen für mehr Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit für alle Jugendlichen schaffen.

Schule als „der zentrale öffentliche Bildungsort für Kinder und Jugendliche im Prozess des Aufwachsens“ (Rauschenbach, zitiert von Steffen, S.75)¹, ist immer auch ein

¹ Steffen, Wiebke; Gutachten für den 15. Deutschen Präventionstag

heftig kritisiert Ort, der mit Erwartungen und Ansprüchen überhäuft wird, der Sicherheit und Orientierung bieten soll und sich doch im Zuge gesellschaftlicher Veränderungen immer wieder selbst neu finden muss. In Berlin befinden sich aktuell 1090 Schulen mit über 400.000 Schülerinnen und Schülern in diesem Spannungsfeld. Schule hat noch ein weiteres Erbe zu integrieren. Nach der Wende prallten die Bildungssysteme von Ost und West aufeinander. Lehrkräfte, Erzieherinnen, Eltern und die Heranwachsenden brachten ihre Sozialisation, ihre individuellen und gesellschaftlichen Erfahrungen mit. Das führte zwangsläufig zu individuellen und systemischen Krisen, die zu verstehen und zu bewältigen waren. Auch nach 20 Jahren wirken im schulischen Kontext unterschiedliche Haltungen, Erfahrungen, Ansprüche und Erwartungen nach. Verständlich auch angesichts eines Altersdurchschnitts der Berliner Lehrkräfte von ca. 50 Jahren.

2. Was Krisen mit Gewaltprävention zu tun haben

Schule fungiert als ein Sammelbecken unterschiedlichster Lebens- als auch Krisenerfahrungen von Schülerinnen, Schülern, deren Familien, Lehrkräften und sonst in der Schule Tätigen. Dazu gehören

- Gewalt im familiären Umfeld wie sexueller Missbrauch, Misshandlung und Vernachlässigung,
- Notfälle und Krisen im Lebensumfeld, ausgelöst durch Trennung, Krankheit, Tod, Kriminalität, Unfälle, Katastrophen,
- Gewalterfahrungen im schulischen Kontext wie z.B. Beleidigung, Bedrohung, Mobbing, körperliche Gewalt.

Rausch (1996, S.87)² beschreibt die psychologische Krise in aller Kürze als „*dramatisch erlebtes Ungleichgewicht zwischen Anforderungen und Möglichkeiten*“. Diese Diskrepanz kann bei Einzelnen als auch in der Schule als Institution ein Krisenerleben auslösen, wenn die durch frühere Erfahrungen erworbenen Fähigkeiten und erprobten Hilfsmittel zur Erreichung wichtiger Ziele oder zur Bewältigung einer Situation nicht mehr ausreichen. Das führt erst einmal zu Stress, Orientierungslosigkeit und der Suche nach einer Lösung. Dieses Ungleichgewicht muss entschärft werden. Damit eröffnen sich gleichzeitig neue Lernfelder und ein Erfahrungszuwachs, der die Handlungskompetenz in späteren Krisensituationen verbessert. Gelingt dies, kann die „Krise als Chance“ wahrgenommen werden. Unabhängig davon, ob die Ursache der Krise der Schule selbst, dem familiären Umfeld oder dem öffentlichen Raum zuzuschreiben ist, muss Schule mit den Folgen in Form von Konflikten und Aggressionen, Rückzug, Krankheit, Schuldistanz, psychischen Erkrankungen usw. umgehen. Damit diese

² Rausch K. (1996), Krisenintervention in suizidalen Krisen – Gefahren der Übertragung der Symptomdynamik auf Berater und das Team. In K. Egidi & M. Boxbücher (Hrsg.), Systemische Krisenintervention. (S.87–123). Tübingen: dgvt- Verlag

Anforderungen nicht regelmäßig in der Überforderung landen, brauchen Schulleitungen und Lehrkräfte eine gute Krisenkompetenz, verlässliche Strukturen und fachliche Unterstützung. Dazu gehört auch die Akzeptanz persönlicher und institutioneller Grenzen. Schule kann nicht alle an sie herangetragenen Erwartungen hinsichtlich der Verhinderung von Gewalt und Krisen erfüllen. Aber sie muss sich den o.g. Prozessen stellen, Situationen einschätzen und notwendige Maßnahmen einleiten, um die Betroffenen angemessen zu unterstützen, gegebenenfalls Opferhilfe zu leisten und das Funktionieren des Schulalltags wieder herzustellen. Das Schulleben erfordert, dass grundlegende Präventionsansätze im Sinne der Schulentwicklung und des sozialen Lernens mit einem planvollen Krisenmanagement verknüpft werden. U.a. können Krisenteams an Schulen hier einen wichtigen Beitrag leisten. Gewaltprävention steht immer im Spannungsfeld von Kontinuität und der Forderung nach schnellen Reaktionen auf aktuelle Ereignisse (Abb.1).

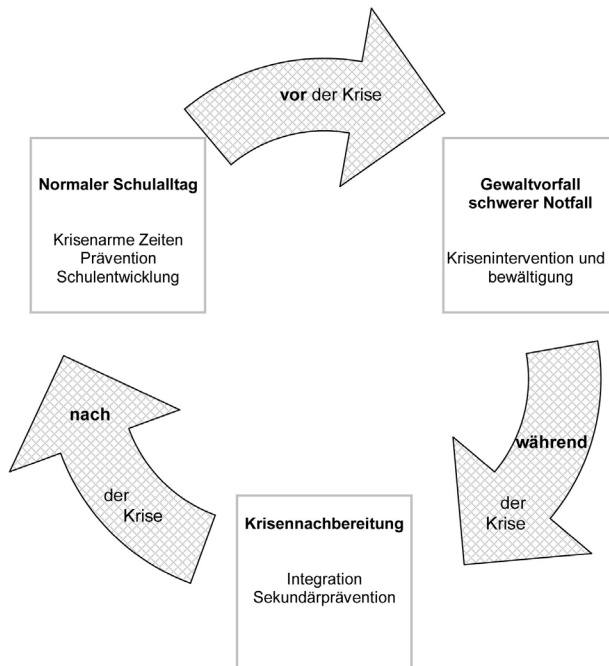


Abb.1 Gewaltprävention und Krisen im Schulalltag

3. Gewaltprävention braucht Schulentwicklung

Schulentwicklung ist ein „Muss“, wenn Gewaltprävention erfolgreich und nachhaltig sein soll. Die universelle Prävention oder Primärprävention vereint diese mit Sozialem Lernen, Lehrerqualifizierung sowie Kooperation und Vernetzung. Sie bereitet Schule gleichzeitig darauf vor, auf Gewalt und krisenhafte Entwicklungen angemessen zu reagieren, da diese auch ohne „Verschulden“ der Schule auftreten können und bewältigt werden müssen. Basis einer gelingenden Gewaltprävention ist ein gutes Schulklima, das idealerweise von gegenseitiger Achtung und Achtsamkeit aller Akteure geprägt ist. Ein gutes Schulklima ist nicht zum Nulltarif zu haben. Es benötigt materielle Ressourcen, die Berücksichtigung lokaler Besonderheiten, die Motivation zum sozialen Lernen und nachhaltige Konzepte, die im Schulprogramm verankert sein sollten. In der Praxis zeigt sich immer wieder, dass die zufällige Aneinanderreihung einzelner Gewaltpräventionsmaßnahmen in Schulen keine langfristige Wirkung zeigt. Ein „Projektaktivismus“ zeugt oft von der Hilflosigkeit mancher Schulleitungen, irgendwas machen zu müssen und dient dann allenfalls als Feigenblatt bei kritischen Nachfragen von Eltern oder der Öffentlichkeit.

Die kreative Vielfalt gewaltpräventiver Schulentwicklung ließ sich beispielhaft auf dem diesjährigen Präventionstag erfahren. So zeugten u.a. der Vortrag zum Campus Rütli, das live erlebbare musikbetonte Schulkonzept der Fritzlar-Homburg-Grundschule und das im Filmforum präsentierte Ganztagskonzept der Heinrich-Seidel-Grundschule von engagierten Berliner Schulen, die Krisen als Chance nutzen und schwierige Bedingungen als Herausforderungen annehmen.

Die größte Herausforderung in Berlin stellt gegenwärtig die Schulstrukturreform dar, deren Chancen für die Gewaltprävention auf dem Präventionstag von Siegfried Arnz vorgestellt wurden. Ab dem Schuljahr 2010/11 wird es in Berlin neben den Gymnasien nur noch eine weitere Schulform geben, die Integrierte Sekundarschule mit den Kernpunkten

- Ganztags als Rahmenbedingung
- Kooperation mit der Jugendhilfe und weiteren außerschulischen Partnern
- Differenzierte Lernangebote für Jugendliche mit unterschiedlichen Voraussetzungen.

Die strukturelle Veränderung in der Bildungslandschaft soll die Chancengleichheit für alle Schülerinnen und Schüler verbessern. Damit folgt Berlin den Erkenntnissen der Bildungsforschung, dass ein längeres gemeinsames Lernen sowie Ganztagsangebote die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen verbessern und die Nachteile sozialer Herkunft ausgleichen kann. Es zeichnet sich ab, dass die Zeit der Einführung begleitet sein wird von Enthusiasmus als auch Mutlosigkeit, Neuorientierung als auch Chaos, kreativen Ideen als auch Widerständen. Die Senatsverwaltung für Bildung begleitet diesen Prozess mit einem Qualifizierungsprogramm sowie Beratungs- und

Coachingangeboten, die die Schulleitungen und Kollegien stärken sollen, diesen Prozess gemeinsam zu tragen. Gelingt er, sind strukturell die Voraussetzungen für eine universelle Gewaltprävention gesetzt. Bewährte Programme und Projekte der Gewaltprävention müssen in die neue Schulstruktur integriert werden. Auch die Fortführung an den Grundschulen muss weiter gesichert werden. Dazu gehören z.B.

- „Das Buddyprogramm“ an fast allen Grundschulen, mit einem geplanten Transfer in den Oberschulbereich,
- das Programm „Die gute gesunde Schule“,
- Projekte zur Lehrgesundheit und Burn-out-Prophylaxe,
- „Schule ohne Rassismus-Schule mit Courage“
- die Regionale Fortbildung mit ihren Veranstaltungen zur Gewaltprävention,
- das Konfliktlotsenprogramm,
- die Kooperation mit der Polizei, die Antigewaltveranstaltungen in den 5.-8. Klassen durchführt und Kooperationsverträge mit Schulen hat,
- das „Rechtskundepaket“, das in der Sekundarstufe I in Projektwochen stattfindet.

4. Gewalt- und Notfallsituationen an Berliner Schulen

4.1 Pflicht zur Aufarbeitung und Meldung

Schule ist mit einer Vielzahl von Ereignissen konfrontiert, die sie nur in geringem Maße selbst verursacht hat und die sie auch nur bedingt beeinflussen kann. Dazu gehören Gewalt-, Krisen- und Opfererfahrungen in der Familie und im Lebensumfeld, die sich auch in der Schule auswirken können. Gewalt im schulischen Kontext entfaltet ebenfalls ihre eigene Dynamik. Schule steht unter dem Druck, angemessen zu reagieren und ihre Fürsorgepflicht für ihre Schülerschaft und die Lehrkräfte wahrzunehmen.

In Berlin wurde 1992 eine Meldepflicht von Gewaltvorfällen an Schulen eingeführt. Sie entstand im Kontext öffentlich diskutierter Gewalttaten an Schulen und ist im Laufe der Zeit in Abhängigkeit von politischen Forderungen in ihren Schwerpunktsetzungen immer wieder verändert und differenziert worden. 2003 wurde mit dem Rundschreiben „Hinsehen und Handeln“ der Senatsbildungsverwaltung die Meldung von Gewaltvorfällen an Berliner Schulen geregelt. Erstmals wurde der Aspekt der Hilfe und Unterstützung für Betroffene und Opfer von Gewalt betont. 2009 wurde dieses Rundschreiben durch das „Informationsschreiben zum Umgang mit Gewalt- und Notfallsituationen an Berliner Schulen“³ ersetzt. Das Spektrum wurde über Gewalthandlungen hinausgehend, auch auf andere Situationen erweitert, die an Schulen zu krisenhaften Entwicklungen und Notfallsituationen führen, wie z.B. Verdacht auf

³ im Internet unter http://www.berlin.de/sen/bildung/hilfe_und_praevention/gewaltpraevention/

Kindeswohlgefährdung, Suizidversuch, Todesfälle. Es erfolgte eine direkte Anbindung an die seit 2005 allen Schulen zur Verfügung stehenden „Notfallpläne für die Berliner Schulen“. Kernpunkt der neuen Regelung ist die Verpflichtung der Schule, Gewaltvorfälle und Notfallsituationen aufzuarbeiten.

Dazu gehört

- Hilfe und Unterstützung für alle Betroffenen, insbesondere für die Opfer einzuleiten,
- die Fürsorgepflicht sowohl gegenüber den Schülerinnen und Schülern als auch dem Schulpersonal wahrzunehmen,
- zeitnah zwischen Schule, Eltern, Helfersystemen und der Senatsverwaltung für Bildung zu kommunizieren,
- die Pflicht, Vorfälle, die sich in der Schule ereignen oder die einen direkten Bezug zur Schule sowie ihren Schülerinnen und Schülern haben, entsprechend der „Notfallpläne für die Berliner Schulen“, zu melden,
- täterbezogene Maßnahmen einschließlich der Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen nach §§ 62, 63 SchulG einzuleiten, mit dem Ziel, den Konflikt zu lösen, die Tat wieder gut zu machen und den Schulfrieden wiederherzustellen,
- mit außerschulischen Kooperationspartnern wie Schulpsychologie, Jugendamt, Polizei, Gesundheitseinrichtungen zusammenzuarbeiten.

Die Meldungen dienen dazu, die Bildungsverwaltung, die Schulaufsicht, die Schulpsychologie, den Schulträger und ggf. das Jugendamt schnell zu informieren und Maßnahmen zur Aufarbeitung abzustimmen. Sie bilden u.a. die Grundlage für die statistische Erfassung und Auswertung von Gewaltvorfällen und Notfallsituationen durch die Senatsbildungsverwaltung sowie für die Planung und Gestaltung gewaltpräventiver Maßnahmen im Schulbereich. Im Rahmen der datenschutzrechtlichen Bestimmungen dienen sie der Erteilung von Auskünften gegenüber den Erziehungsberechtigten, dem Parlament und der Berliner Öffentlichkeit bezüglich konkreter Vorfälle und allgemeiner Entwicklungen von Gewalt und Extremismus an den Berliner Schule.

4.2 Der Gewaltbegriff in den Notfallplänen

Die „Notfallpläne für die Berliner Schulen“ wurden 2005 in einer Erstauflage allen Berliner Schulen zur Verfügung gestellt. Sie

- bilden die Handlungsgrundlage für den Umgang mit Gewaltvorfällen und Notfallsituationen,
- unterstützen die Entscheidungsfindung der Schule bei der Einschätzung und Aufarbeitung eines Ereignisses,

- helfen, angemessene Interventionsschritte unter dem Grundsatz der Opferhilfe zu planen und umzusetzen.

Eine Neuauflage der Notfallpläne ist in Vorbereitung. Die Begrifflichkeiten und Handlungsempfehlungen der Erstauflage wurden überarbeitet und ergänzt. Dennoch kam das Autorenteam nicht umhin, strafrechtlich besetzte Begriffe wie z.B. Nötigung, Erpressung, Raub mit aufzunehmen, da solche Vorfälle in der Schule auch vorkommen. Im Schulalltag kommt es darauf an, bei der Beurteilung von Gewalthandlungen immer den psychischen Entwicklungsstand der Beteiligten, die Schwere eines Vorfalles und die Folgen für das Opfer im Blick zu haben, um angemessen pädagogisch zu reagieren. In den neuen Notfallplänen ist dieser Aspekt stärker berücksichtigt. Ich teile aus Erfahrung die Auffassung von Sommerfeld (2007, zitiert im Gutachten des 15. DPT, S.73), dass die Verwendung des „Gewaltbegriffs“ für kindliches Verhalten ohnehin problematisch ist und Gewalt ein „Containerbegriff für eine breite Palette von sozial unerwünschten, aber dennoch alterstypischen Verhaltensweisen bis zu destruktiven Verhaltensmustern“ ist. Einerseits muss vermieden werden, dass Kinder und Jugendliche durch strafrechtliche Begriffe im pädagogischen Kontext vorschnell kriminalisiert und stigmatisiert werden. Andererseits müssen Lehrkräfte frühzeitig problematische Entwicklungen erkennen, Grenzen setzen und im Interesse der Opfer und Betroffenen von Gewalthandlungen notwendige Hilfen und Wiedergutmachung einleiten. Um die Handlungssicherheit zu verbessern, werden Lehrkräften und Schulleitungen spezifische Fortbildungsangebote zur Verfügung gestellt.

4.3 Gewaltmeldungen und Einflussfaktoren

Ein Blick auf die Gewaltmeldezahlen aus Berliner Schulen seit 2002 (Abb. 2) lässt einen steilen Anstieg bis 2005/06 erkennen. Dann spielen sich die Zahlen mit geringeren Schwankungen auf einem höheren Niveau ein.

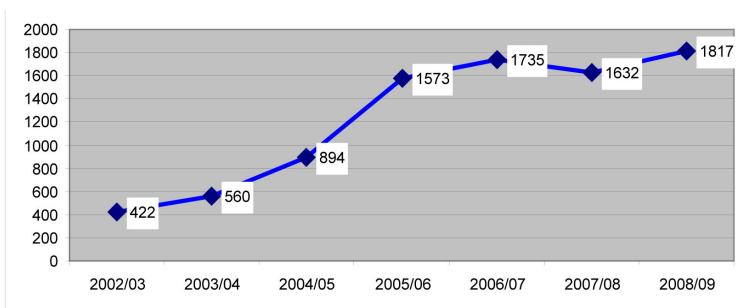


Abb. 2: Entwicklung der Gewaltmeldezahlen

Die Praxis zeigt, dass administrative und politische Maßnahmen das Meldeverhalten der Schulen beeinflussen. Das geschieht auch, wenn sich Strukturen verändern, sich z.B. die Unterstützungssysteme verbessern oder ein innerschulischer Diskurs zur Gewaltproblematik und Gewaltprävention in Gang kommt. Bisher sind diese Verknüpfungen in Berlin nicht umfassend evaluiert worden. Dennoch lassen sich folgende Zusammenhänge beobachten: Die Meldungen nehmen ab 2003 drastisch zu, was immer als „eine Erhellung des Dunkelfeldes“ und nicht als eine explosionsartige Zunahme von Gewalt an Schulen verstanden wurde. Schulen meldeten häufiger Gewalt, nachdem das Meldeverfahren neu geregelt wurde, Schulpsychologen/innen den Schulen im Feld der Gewaltprävention und Krisenintervention zur Verfügung standen, Fortbildungsangebote zum Umgang mit Gewalt und Krisen bereitgestellt sowie Broschüren herausgegeben wurden. All dies begleitet von einer intensiven regionalen und überregionalen Aufklärungsarbeit.

Politisch reagierte der Berliner Senat auf die Amoktat am Erfurter Gutenberg-Gymnasium, indem 15 Schulpsychologenstellen ausschließlich für das Arbeitsfeld „Gewaltprävention und Krisenintervention“ besetzt wurden. Anzumerken ist allerdings, dass keine zusätzlichen Stellen geschaffen wurden. Schulpsychologie in Berlin ist parallel personell abgebaut worden. Insbesondere sind die psychotherapeutischen Angebote gestrichen worden. Dennoch wurde ein schulpsychologisches Unterstützungssystem etabliert, was sich bewährt hat und bis heute in dieser Form einmalig in Deutschland ist. Seit 2003 verfügt jeder Bezirk und zusätzlich bezirksübergreifend die berufsbildenden Schulen über mindestens eine/n Schulpsychologen/in für Gewaltprävention und Krisenintervention. Diese Fachleute arbeiten im überregionalen Team für Gewaltprävention und Krisenintervention zusammen. Die Berliner Schulpsychologie bekam damit konzeptionell ein neues Gesicht. Schulen wurden ab jetzt explizit unterstützt und beraten,

- Gewaltprävention zu entwickeln und umzusetzen,
- Gewalt- und Notfallsituationen zu bewältigen,
- Opfern und Betroffenen von Gewalt- und Notfällen zu helfen,
- Gewalthandlungen insbesondere auch mit den Tätern aufzuarbeiten,
- das Krisenmanagement zu verbessern,
- mit der Jugendhilfe und der Polizei besser zusammenzuarbeiten,
- und sich mit anderen Partnern der Gewaltprävention zu vernetzen.

Als im gleichen Jahr die Präventionsbeauftragten der Berliner Polizei ihre Arbeit aufnahmen, rückte der gemeinschaftliche Auftrag der Gewalt- und Kriminalitätsprävention an Berliner Schulen noch stärker in den Blickpunkt des

Schulalltages als auch des öffentlichen Interesses und ermutigte die Schulen, offener mit Gewaltvorfällen umzugehen. Susanne Bauer berichtete auf dem Präventionstag über die vielfältigen Aktivitäten der Berliner Polizei an Schulen.

2005 erschienen die bereits erwähnten „Notfallpläne für die Berliner Schulen“, die allen Schulen als Handreichung für Gewalt- und Notfallsituationen zur Verfügung gestellt wurden. Begleitet von Fortbildungsveranstaltungen für alle Schularten wurden Schulleitungen und Lehrkräfte weiter für Gewaltphänomene an Schulen sensibilisiert und konnten so ihre Handlungskompetenz verbessern. Die Notfallpläne wurden im Laufe der Jahre um aktuelle Themen wie „Happy Slapping“, „Verdacht auf Kindeswohlgefährdung“ und „Umgang mit Medien“ ergänzt.

2006 wurde das Schul- und Jugend-Rundschreiben Nr.1/2006 über die gegenseitige Information und Zusammenarbeit von Jugendämtern und Schulen herausgegeben⁴ und in den Bezirken verstärkt an der Umsetzung gearbeitet. „Der Handlungsleitfaden - Zusammenarbeit zwischen Schulen und bezirklichem Jugendamt im Kinderschutz“ (2009)⁵ unterstützt die Schulen dabei, Kindern und Jugendlichen, deren Kindeswohl gefährdet ist, schnellstmöglich zu helfen.

Der Amoklauf in Winnenden hat auch in Berlin zu heftigen Reaktionen geführt, die sich deutlich in der Entwicklung der Meldezahlen widerspiegeln. Die Meldung von Gewaltvorfällen im Schuljahr 2008/09 hat im Vergleich zum Vorjahr wieder zugenommen. Sie stieg von 1632 im Schuljahr 2007/08 auf 1817 im Schuljahr 2008/09. Während die Zahlen im ersten Schulhalbjahr etwa auf Vorjahresniveau lagen, stiegen sie ab März 2009 sprunghaft an. Schulleiter meldeten ab März 2009 deutlich mehr Bedrohungen, in denen Schülerinnen und Schüler verbal oder im Internet mit einem „Amoklauf“ drohten, Todeslisten fertigten oder Winnenden in Gesprächen als nachahmenswert rechtfertigten. Innerhalb der *ersten Woche* nach Winnenden wurden allein 11 solcher Fälle gemeldet. Im Vergleich dazu wurden im gesamten ersten Schulhalbjahr 2009 sieben entsprechende Drohungen gemeldet (Abb. 3).

^{4/5}. Im Internet unter www.kinderschutznetzwerk-berlin.de

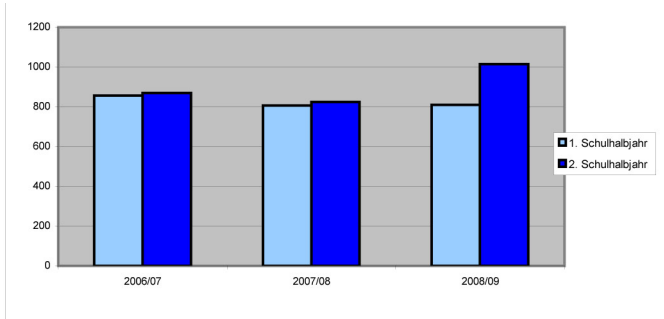


Abb. 3: *Gewaltmeldungen je Schulhalbjahr (absolut)*

Die Berliner Bildungsverwaltung hat daraufhin gemeinsam mit der Berliner Polizei eine Präventionsstrategie entwickelt, die im Abschnitt 5.1 vorgestellt wird.

Grundsätzlich ist festzustellen: Die Sensibilität gegenüber Gewalt an Schulen hat ebenso zugenommen wie die Akzeptanz des Hilfe- und Meldeverfahrens. An vielen Schulen wird die Gewaltmeldung nicht mehr als peinlicher Ausdruck eigenen Versagens wahrgenommen, sondern zielgerichtet genutzt,

- um problematische Entwicklungen einzelner Kinder und Jugendlicher als auch Gewaltschwerpunkte zu erkennen,
- schulisches Handeln Eltern gegenüber transparent zu machen,
- Hilfen für Opfer einzuleiten,
- Tätern Grenzen als auch Perspektiven aufzuzeigen.

Das Verfahren stärkt einerseits die Schulen, Gewaltvorfälle eigenverantwortlich aufzuarbeiten, sichert ihnen aber auch Hilfe und Unterstützung zu, wenn die innerschulischen Ressourcen nicht ausreichen. Die Kernaussagen aus den Gewaltmeldungen stimmen im Wesentlichen mit den Untersuchungen zur Kinder- und Jugendgewalt überein (Zahlen aus dem Schuljahresbericht 2008/09⁶) und haben sich über die Jahre nur unwesentlich verändert:

- In 88 % der gemeldeten Fälle waren die Täter und in 54% die Opfer männlich.
- Der Anteil der Tatbeteiligten mit Migrationshintergrund im Verhältnis zur Schülerzahl ist überproportional hoch.
- Die meisten Gewaltmeldungen pro Schule im Verhältnis zur Anzahl der Schulen kommen aus den Sonderschulen sowie den Haupt- und Gesamtschulen.

⁶ im Internet unter http://www.berlin.de/sen/bildung/hilfe_und_praevention/gewaltpraevention/ verfügbar

- Körperliche Gewalt mit 65 % ist häufigster Meldegrund, gefolgt von Bedrohung mit 19%.
- Psychische Gewalt, Mobbing ist mit 1,2 % unterrepräsentiert. Es lässt sich mit dem Meldeverfahren kaum abbilden.
- Schulpersonal wurde in ca. jedem dritten Fall als Opfer genannt.
- Schulpersonal als Täter kommt in den Meldungen praktisch nicht vor.

Der letzte Punkt wurde auch im Gutachten des diesjährigen Präventionstages als ein wenig beleuchteter Aspekt schulischer Gewalt thematisiert. Im Berliner Meldeverfahren ist explizit auch die Meldung von Schulpersonal als Täter vorgesehen. Davon wurde bisher jedoch kaum Gebrauch gemacht, da traditionellerweise die Gewalt von Schülern, hier allerdings auch *gegen* Schulpersonal, im Fokus der Aufmerksamkeit steht. Hier muss weiter aufgeklärt und diskutiert werden. Im Rahmen der Missbrauchsdebatte ist dieses Thema aus aktuellem Anlass aufgegriffen worden (siehe 5.2)

5. Sekundärprävention – Lernen aus Krisen

5.1 Maßnahmen zur Amokprävention in Berlin

Wie im Abschnitt 4.3 beschrieben, hat die Amoktat von Winnenden auch an Berliner Schulen zu einem Krisenerleben geführt. Daraufhin überprüfte die Senatsbildungsverwaltung gemeinsam mit den Bezirken und der Berliner Polizei die bisher gültigen Präventionsmaßnahmen an Berliner Schulen. In der Folge wurden Maßnahmen auf unterschiedlichen Ebenen eingeleitet:

- Die Baustandards für eine Nachrüstung der Schulen mit Lautsprecheranlagen wurden geändert,
- ein einheitliches Signal bei Amokgefahr eingerichtet,
- Checklisten und Lagepläne aller Schulen für die Polizei bereitgestellt,
- die Notfallpläne „Amokdrohung“ und „Amoktat“ überarbeitet,
- *alle* Schulleiter/innen in Kooperation mit der Polizei geschult,
- die Bildung von Krisenteams an Schulen unterstützt,
- das Schulpersonal in Fortbildungen mit einbezogen,
- eine Broschüre zu schwerer zielgerichteter Gewalt an Schulen gemeinsam mit der Unfallkasse Berlin herausgegeben.

Berliner Schulen beteiligen sich am Projekt „NETWASS“ der FU Berlin, das in Kooperation mit der Senatsbildungsverwaltung und der Schulpsychologie vorbereitet und durchgeführt wird. Der Schwerpunkt liegt auf der Prävention schwerer Schulgewalt. Die Einrichtung von Krisenteams an Schulen wird begleitet und das Kollegium geschult. Professor Scheithauer stellte das Projekt auf dem Präventionstag vor.

5.2 Sexueller Missbrauch in Bildungseinrichtungen

Als die langjährig verdeckten sexuellen Übergriffe von Schulpersonal an (kirchlichen) Bildungseinrichtungen in früheren Jahren offengelegt wurden, löste dies eine Welle der Verunsicherung an Berliner Schulen aus. Gerade das Thema des Missbrauchs Schutzbefohlener in öffentlichen Einrichtungen verstörte erheblich. Die Berliner Bildungsverwaltung nahm dies zum Anlass, Erkenntnisse zum aktuellen Stand an Berliner Schulen zusammenzutragen und vorhandene Präventionsmaßnahmen zu überprüfen. Es zeigte sich, dass seit 2000 gegen 14 Lehrkräfte wegen des Verdachts des sexuellen Missbrauchs disziplinarrechtlich ermittelt wurde. In sieben Fällen stellte sich der Verdacht als begründet heraus. Im Schuljahr 2008/09 wurden 43 Fälle sexueller Übergriffe durch Schüler untereinander oder durch Schulfremde gemeldet und aufgearbeitet. In allen Berliner Bezirken wurde das Thema verbindlich in Schulleitersitzungen behandelt. Schulen, an denen Missbrauchsfälle aktuell oder aus vergangenen Jahrzehnten öffentlich wurden, stellten sich einer intensiven Debatte der Aufarbeitung und Prävention.

Bei dieser Thematik zeigte sich beispielhaft, dass eine Vielzahl von Hilfen, Aufklärungsmaterialien und Netzwerken existiert, die in eine kontinuierliche Präventionsarbeit eingebunden und immer wieder aufgefrischt werden müssen. Der laute Ruf nach neuen Regelungen und Gesetzen in einer Krisensituation ist zwar verständlich, dient aber vielmehr der Regulierung von Ängsten und Ohnmachtsgefühlen als einer Bewältigung mit Augenmaß.

6. Fazit

Schulen bleiben von Gewalt und Krisen nicht verschont. Auch wenn Sie diese nicht selbst verursacht haben, muss Schule sich damit auseinandersetzen und reagieren. Krisen sind auch Lernfelder und haben Chancen. Je besser Lehrkräfte und Schulleitungen im Krisenmanagement geschult sind und zusammenarbeiten, umso besser lassen sich gefährliche Entwicklungen erkennen und bewältigen. Eine gute Krisenkompetenz mindert die Folgen von Gewalt- und Notfallsituationen für die Betroffenen als auch für die Institution Schule. Der Vortrag stellt beispielhaft die Berliner Erfahrungen dar. In Berlin sind Schulen verpflichtet, Gewalt- und Notfallsituationen zu melden und aufzuarbeiten. Sie werden dabei nicht allein gelassen und können professionelle Netzwerke, Unterstützungs- und Fortbildungsangebote nutzen. Krisenprävention ist immer auch ein Teil von Gewaltprävention. Es gibt keine nachhaltige Gewaltprävention ohne Schulentwicklung. Auch wenn einzelne Präventionsmaßnahmen umschriebene Probleme kurzfristig lösen können, bedarf es umfassender Konzepte, die Soziales Lernen, Lehrerqualifizierung, Kooperation und Vernetzung vereinen. Ziel ist ein gutes Schulklima für alle, die dort täglich lernen und arbeiten.

Die Berliner Schulstrukturreform wird Rahmenbedingungen für mehr Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit für alle Jugendlichen schaffen und somit die strukturellen Grundlagen für eine nachhaltige Gewaltprävention legen. Es ist abzusehen, dass dies nicht ohne Widerstände und krisenhafte Phasen ablaufen wird. Es bleibt den Verantwortlichen und allen Beteiligten zu wünschen, dass sie dies mit Augenmaß und Fehlerfreundlichkeit bewältigen, um eine sozial gerechtere Schulstruktur Wirklichkeit werden zu lassen.

Inhalt

Vorwort 1

I. Der 15. Deutsche Präventionstag im Überblick

Deutscher Präventionstag und Veranstaltungspartner
Berliner Erklärung 5

Erich Marks / Karla Schmitz
Zusammenfassende Gesamtdarstellung des 15. Deutschen Präventionstages 9

Wiebke Steffen
Gutachten für den 15. Deutschen Präventionstag:
„Bildung - Prävention - Zukunft“ 39

Rainer Strobl / Olaf Lobermeier
Evaluation des 15. Deutschen Präventionstages 105

II. Praxisbeispiele und Forschungsberichte

Meinrad M. Armbruster / Janet Thiemann
ELTERN-AG: Anleitung zur Selbsthilfe - Ein Präventionsprogramm der
frühen Elternbildung für sozial Benachteiligte 147

Silke Baer / Harald Weilnböck
Bildung in Zeiten des Extremismus – Lebensweltlich-narratives Arbeiten
in der Gruppe und der Faktor ‚Kultur‘.
Zwei Modellprojekte sowie deren qualitative EU-Begleitforschung. 155

Jörg Dittmann / Jan Goebel / Sandra Heisig
Erfolgreich in Schule und Ausbildung trotz sozialer Benachteiligung
Unter welchen Voraussetzungen gelingen Schulabschlüsse und
Ausbildungsplatzsuche? 183

Cordula Heckmann
Von einer Schule mit zweifelhaftem Ruf zu einem Modellprojekt 201

Dieter Hermann / Vanessa Jantzer
Schulsozialarbeit – kriminalpräventive Wirkungen und
Verbesserungsmöglichkeiten 207

<i>Klaus Hurrelmann</i> Männer als Bildungsverlierer Warum wir dringend eine stärkere Jungenförderung benötigen	231
<i>Liv-Berit Koch</i> Evaluation des Pilotprojektes „Stadtteilmütter in Neukölln (2006 – 2008)“ Präsentation zentraler Ergebnisse auf dem 15. DPT	243
<i>Hans Rudolf Leu</i> Kindertagesbetreuung im Ausbau – Voraussetzungen für präventive Effekte	261
<i>Ulrike Meyer-Timpe</i> Was Armut für die Bildungschancen bedeutet. Die Folgen der Kinderarmut belasten Deutschlands Zukunft - Perspektiven und konkrete Handlungsvorschläge	271
<i>Nils Neuber</i> Bildungspotenziale im Sport – ein vernachlässigtes Feld der Bildungsdebatte?	281
<i>Carlo Schulz</i> Aller guten Dinge ist eins Plädoyer für ein besseres Schulsystem	293
<i>Ria Uhle</i> Veränderungen, Umbrüche, Krisen - Gewaltprävention an Schulen im Wandel	301
<i>Haci-Halil Uslucan</i> Verkannte Potenziale: Bildungsbeteiligung und Bildungsförderung von Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte.	315
III Autoren	323